



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bewußtes und unbewußtes Streben im staatlichen Leben des Reichslandes

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Möge sich diese Erkenntnis endlich im Zentrum, namentlich im preussischen Zentrum, verallgemeinern, an tüchtigen Männern, die innerlich längst auf diesem Standpunkt stehn, fehlt es nicht. Dann wird endlich auch in Deutschland die Zeit herankommen, wo weniger geredet und mehr gehandelt wird. Nehmen wir uns die Engländer in der Kunst des politischen Schweigens und dabei kräftigen, klaren Handelns zum Vorbild. Sie sind uns ohnehin weit voraus, weil sie nach großen, festen Zielen streben, und weil, von den Frey abgesehen, alle Parteien von einem starken Gefühl für die Macht und die Größe des Landes beseelt sind. Nur in diesem Vorbilde wird unser Volk zu politischer Reife, nur so zu fernem Zielen gelangen und nicht von einer Gesetzgebungsperiode zur andern aus der Hand in den Mund leben, während es die reichen Früchte einer großen opfervollen Zeit in innerm Hader vergeudet.

Es gibt ernste Patrioten genug, die in der Ansicht verharren, daß das Zentrum in den Anfängen des Kulturkampfes den bissigen Rötter Sozialdemokratie auf den Staat losgelassen habe, das Zentrum oder die hinter ihm stehenden Kräfte. Richtig ist, daß Bebel und Hasenclever aus katholischen Schichten hervorgegangen sind, und daß beide Parteien bis in die neueste Zeit sorglich vermieden haben, einander wehe zu tun. Jede war der andern sicher. Erst seit dem Zolltarif ist in dieser Zweibund ein Riß gekommen. Die weitere Entwicklung liegt bei der Stellung, die das Zentrum in den Wahlen nehmen wird. Unterstützt es ehrlich jeden antisozialdemokratischen Kandidaten, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt, so bekundet es damit, daß es fest auf dem Boden unsers nationalen Staates steht, und es hat vollen Anspruch auf die Gegenleistung der andern Parteien. Nur so werden wir wieder zu vollem Frieden gelangen. Der Zentrumswähler darf nicht mehr den sozialdemokratischen Kandidaten als das kleinere von zwei Übeln bevorzugen, der liberale Wähler nicht den Gefolgsmann Bebels vor dem Zentrumsmann. Erst wenn ein solches Gemeingefühl, ein derartig ausgeprägter Staatsfinn die Mehrheit der Wähler erfüllt, werden wir auch im Reichstage wieder vorwärts kommen. *g*



Bewußtes und unbewußtes Streben im staatlichen Leben des Reichslandes



ie einzelne Menschen werden auch Volksmassen sicher an einem Faden von Hoffnung als an einem Seile von Dankbarkeit geleitet. Die Hoffnung des Reichslandes, den Diktaturparagrafen fallen zu sehen, ist erfüllt: es gilt also dort für staatliche Fortschritte weitere Ziele aufzustellen. Am schnellsten ist hierfür das Zentrum auf den Plan getreten. Es sagt zu den Elsaß-Lothringern: Werdet nur rasch stramme Zentrumslente, so wird euch alles andre zufallen. Zentrum ist im innern deutschen Parteigetriebe Trumppf, und mit ihm muß jede Regierung rechnen. Die Ausichten auf einen Zuwachs an Reichstagsmitgliedern aus dem Reichslande sind für das Zentrum nicht ungünstig, denn die Merikalen

sind hier, im Grunde genommen, deutschem Wesen nicht so feindlich, wie ihre Gegner, ja wie sie selbst vielfach glauben. Man muß nur ihr Wollen und Walten geschichtlich und psychologisch richtig zu verstehn suchen.

Die alten deutschen Kaiser wollten statt der unbotmäßigen Laien, die die großen Staatsämter in ihren Familien erblich zu machen strebten, die Bischöfe und durch sie die Pfargeistlichen im wesentlichen zu direkten kaiserlichen Beamten machen. Diese Art Staatskirchentum vereitelte in offenem, erbittertem Kampfe das römische Papsttum. Es war ein Glück für Deutschland, dem dadurch die Pflege des religiösen Sinnes innerhalb der Kirche erleichtert wurde. Den allerchristlichsten Königen in Frankreich dagegen gelang es, die Geistlichkeit in vorsichtiger Weise auf mehr friedlichem Wege allmählich von sich abhängig und ihren Staatszwecken dienstbar zu machen. Hier glaubte die Kurie, eher ein Auge zudrücken zu können, weil sie in einem romanischen Staate antirömische Neigungen des Klerus weniger zu befürchten brauchte. Die Revolution mit ihren Tempeln der Vernunft hätte zeigen sollen, welche Gefahren eine zu enge Interessengemeinschaft zwischen Königtum und Kirche für beide Teile heraufbeschwört. Napoleon der Erste handelte nach seinem berühmten Ausspruch: „Mit einer guten Polizei und einem guten Klerus kann der Kaiser in Bezug auf die öffentliche Ordnung unbesorgt sein, denn ein Erzbischof ist auch ein Polizeipräfekt.“ Alle folgenden schwächeren Regierungen nahmen sich dieses Rezept zum Muster, auch glaubten sie, des geistlichen Einflusses umso weniger enttaten zu können, als die Kammerwahlen ihre beständige Sorge waren. Wie sollte der Parlamentarismus in den notwendigen Schranken gehalten werden, wenn der Pfarrer nicht gute Wahlen machte?

Aber um der Pfarrer sicher zu sein, mußte man sie auch belohnen und strafen können. Mit Gehaltserhöhungen oder dergleichen ging das nicht, das hätte zu häßlich ausgesehen. Außerdem jedoch wäre der satte Pfarrer nicht mehr tätig geblieben, der vernachlässigte hätte sich mit der Strahlenskrone der Uneigennützigkeit schmücken können. Man mußte ihnen anders beikommen. Man rechnete auf ihr Streben nach Macht. Freilich hat die Macht des Pfarrers auch in weltlichen Dingen viel Bedenkliches, aber welcher Politiker griffe in der Not nicht auch zu bedenklichen Mitteln? Machte der Pfarrer gute Wahlen, so gewährte man ihm also Einfluß. Seine Empfehlung wurde maßgebend in allen persönlichen und materiellen Fragen, über die die Regierung zu entscheiden hatte. Das gab ihm dann ein vermehrtes Ansehen in der Gemeinde, und um so größer wurde seine Fähigkeit, bei den Wahlen bestimmend einzugreifen. Die Bitten oder die Vorstellungen eines politisch untätigen Pfarrers dagegen schaden nur der von ihm vertretenen Sache.

Solche Erziehungsgrundsätze wurden natürlich auch auf den elsass-lothringischen Klerus angewandt, und sie wurden um so wirksamer, je mehr das politische Papsttum in Rom auf den guten Willen der französischen Regierung als Stütze seiner Macht angewiesen wurde. Ja sogar auf die evangelischen Geistlichen verfehlte das Verfahren seinen Eindruck nicht. Wenn Laine im allgemeinen behauptete, die Priester seien die tatsächlichen Herren in der Provinz, so ist es gewiß auch nicht ohne sehr triftige Gründe, daß er in seinen Carnets de voyage gerade in Straßburg 1865 schrieb: „Der hervor-

stechende Zug in der französischen Kirche besteht darin, daß sie eine weltliche Einrichtung, eine Regierungsmaschine ist. Das eigentlich religiöse, genauer gesagt mystische, moralische oder künstlerisch gefärbte Gefühl, wie man es in Deutschland, Italien oder England findet, ist hier fast null, höchstens sporadisch und verkümmert.“ Wie tief solche Verhältnisse in das Empfinden des Volkes eingedrungen waren, kann man aus folgender Äußerung eines lothringischen Bürgermeisters heraus hören. Ein Forstrat hatte ihn gefragt, wie es komme, daß der Gemeindevald ganz unverhältnismäßig gering zur Steuer eingeschätzt sei, da erwiderte er treuherzig: „Wir hatten zur Franzosenzeit einen sehr ordentlichen Pfarrer, und weil wir immer gut gewählt haben, hat er die kleine Steuer durchgebracht.“

Nur in einem Punkte blieb die katholische Pfarargeistlichkeit meist taub für die Wünsche der Regierung. Wenn auch im Seminar eifrig französisch gelernt und den jungen Klerikern das Französische als Umgangssprache eingeimpft wurde, so blieb sich der Klerus doch dessen bewußt, daß er als Mittelsmann zwischen Regierung und Volk um so schwerer wog, je weniger das Volk französisch verstand. Aber Napoleon der Dritte hatte schließlich doch lieber deutschsprechende gute Wähler, als französischredende Regierungsgegner, er sagte einmal in Straßburg: „Man kann ein guter Franzose sein, ohne die deutsche Sprache aufzugeben, in den Gefühlen liegt die Treue, die man Frankreich schuldig ist“; und so trübte auch der Schutz, den die Geistlichkeit der Landessprache angeeignet ließ, niemals ernstlich das gute Einvernehmen mit der Regierung des französischen Kaisers, der immer gern seinen Katholizismus beteuerte.

Die Herrschaft eines evangelischen deutschen Kaisers mußte deshalb zunächst auf Abneigung stoßen, und der katholische Pfarrer verhehlte diese umso weniger, als er, wie alle Welt im Reichsland, von dem Wahne einer baldigen Rückkehr der Franzosen befangen war. Aber wie nun die Wahlen zum deutschen Reichstag kamen, und ein Umschwung der Verhältnisse in immer weitere Ferne gerückt erschien, mußte man außer dem Gefühl der Abneigung doch auch den Verstand zu Rate ziehen. Eins war ganz klar. Beteiligen mußte man sich an der Wahl, sonst verlor man den Einfluß auf die Wählermassen. Man rechnete nun, je französischer die Wahlen unter Leitung der Geistlichkeit ausfielen, einen um so höhern Preis würde man von der Regierung für eine etwaige Bundesgenossenschaft fordern können. Nur mußte die Wahl auf solche Personen gelenkt werden, die unbedingt der klerikalen Führung folgten.

Der Wahlfeldzug gelang so ziemlich. Der Erfolg wäre auch bei einer französischen Regierung nicht ausgeblieben. Sie hätte schrittweise das Land dem Klerikalismus überlassen unter der Bedingung einer allmählichen Bekehrung zu den Regierungsinteressen. Aber in Berlin war man im wesentlichen noch der altevangelischen Auffassung, daß die christlichen Kirchen nur Heilsinstitute für die fragende und suchende Menschenseele seien, und man scheute sich, sie als politische Maschinerien zu benutzen; außerdem zog der Kulturkampf seine Kreise, kurz es machte keinen Eindruck, daß der alte Straßburger Bischof sagte, er stehe auf dem Boden des Frankfurter Friedens, und Neigung zum Verhandeln zeigte. Zwar konnte bei der allseitigen Vorsicht im Reichstag der Mißerfolg der klerikalen Rechnung verdeckt werden, aber im

Reichslande selbst konnte man die Folgen nicht überall zurückhalten. Die Pfarrer, bei ihrer französischen Seminarerziehung mit deutschem Wesen unbekannt, glaubten, daß die Beamten für die schlechten Wahlen verantwortlich gemacht worden seien, und traten im Vollgefühl ihrer Wahlmache mit mehr oder weniger geschickten Zumutungen an sie heran, sie würden sich bei künftigen Wahlen gegen die bisher üblichen Berücksichtigungen zu Verständigungen bereithalten. Die Beamten aber waren an so etwas nicht gewöhnt und klopfen deshalb den Leuten, die ihre Hände ausstreckten, um aus der Schüssel der Regierung mitzueffen, bisweilen nicht ganz sanft auf die Finger, weil sie durch die Wahlhegen doch etwas verbittert waren. Darüber entstanden nun tiefer Groll und heftiger Haß gegen den Kreisdirektor, den Schulinspektor, den Oberförster usw. Selbstverständlich wurde die angebliche Unverschämtheit der deutschen Beamten den befreundeten Amtsbrüdern zur Nachachtung mitgeteilt, und man regte sich dann gegenseitig immer mehr auf. Nun schien ja Feldmarschall von Manteuffel andre Saiten gegen die Geistlichkeit aufziehen zu wollen, wie seine berühmten Briefe an den Mezer Bischof bewiesen, allein eine ganze große Regierungsmaschine kann einen völligen Frontwechsel nicht rasch ausführen, und so blieb es zunächst im allgemeinen bei der Abneigung des katholischen Klerus gegen die deutschen Beamten, die natürlich teilweise auch auf die jüngern Geistlichen übertragen wurde. Nur sehr allmählich gelang es in diesen Kreisen der Überlegung Eingang zu verschaffen, daß ein maßgebender Einfluß des Pfarrers auch in dem Kleinkram der weltlichen Geschäfte oft dem religiösen Leben in der Gemeinde nachteilig sei. Im großen und ganzen freilich machten die Geistlichen, wie die ganze Bevölkerung, einen langsamen Übergang zur ruhigen Duldung, ja zur gelegentlichen Anerkennung der guten Seiten der deutschen Herrschaft mit. Man gab zu, daß man finanziell besser stehe als die Amtsbrüder jenseits der Grenze; man räumte ein, daß die gebildeten Deutschen der geistlichen Amtstracht mehr Ehrerbietung bewiesen als die Franzosen; man brauchte sich nicht mehr so anzustrengen mit einem eleganten Französisch, wie früher im Verkehr mit den französischen Beamten — kurzum im ganzen, meinte man, es ließe sich ja auch mit den Deutschen leben. Besonders rasch hat man sich mit dem deutschen Offizier abgefunden. Ich habe in acht reichsländischen Garnisonen gestanden, bin viele Duzend mal beim Pfarrer einquartiert gewesen, habe oft auf Reisen Gespräche mit Geistlichen angeknüpft, ich bin aber niemals ohne ein gutes Wort von ihnen geschieden. Der amtlichen Berührungspunkte sind ja freilich auch nicht viel. Bei der Mitbenutzung der Kirchen in der Garnison und im Manöver kommen für die Kirche nur Vorteile heraus. Wenn aber einmal ein Pfarrer versucht, dem aushebenden General eine Reklamation eines Stellungspflichtigen besonders dringlich zu machen, so ist der wohl meist human genug, darauf hinzuweisen, daß er in diesen Dingen nur erstes Mitglied einer größern Kommission sei. Es geht also meist alles in Liebe und Friede zwischen Pfarrer und Offizier ab.

Nicht angenehm berührt es allerdings, daß viele und häufig auch junge Geistliche sogar im deutschesten Elsaß das Kirchenlatein noch französisch aussprechen, obwohl jetzt in allen bischöflichen Lehranstalten die deutsche Aussprache eingeführt ist, die sich überdies von der in Rom selbst gebräuchlichen

nur unwesentlich unterscheidet. Auch sonst findet sich vielfach die Neigung, den Gebrauch der französischen Sprache bei sich wie bei den Pfarrkindern für weiter verbreitet darzustellen, als es tatsächlich der Fall ist. Aber wer viel an der Sprachgrenze gelebt hat, weiß, daß sich alle Pfarrer gern als die besten Dolmetscher zwischen dem Volke und der Staatssprache zu betrachten pflegen. Bretonisch predigende Pfarrer haben auch der französischen Regierung jederzeit Widerstand entgegengesetzt, und wenn man lauter deutsche Pfarrer nach Posen versetzte, so würden sie rasch polnisch lernen und der Ausbreitung der deutschen Sprache entgegenwirken. Man muß also eine gewisse Französelei des Klerus nicht allzu tragisch nehmen. Die katholische Fakultät in Straßburg wird ja bald erkennen lehren, wie geschmacklos es ist, wenn ein deutschpredigender Pfarrer das Lateinische „französisch“ ausspricht, und wenn er im Umgange zum Beweise, daß er ein gebildeter Mann ist und auch etwas von einer fremden Sprache versteht, möglichst viel französische Phrasen anbringt. Solche Außerlichkeiten werden sich mit der Zeit schon geben.

Nun sind aber für den schnellern Übergang der Geistlichkeit zu wirklich deutschem Wesen kürzlich zwei günstige Umstände eingetreten. Man beginnt jetzt auch in Frankreich, den lokalen Einfluß des Klerus tatsächlich aufzuheben, und zweitens haben die letzten Gemeinderatswahlen in Mülhausen, Kolmar und an andern Orten gezeigt, daß die Bevölkerung der Bevormundung durch eine den Franzosenkult pflegende Geistlichkeit überdrüssig zu werden beginnt. Mehrere alte Vorkämpfer traten deshalb zurück, und die jüngern können und werden noch umlernen. Zunächst kommt es ihnen zwar etwas sauer vor, da sie sich für ihre publizistischen Leistungen noch der französischen Sprache bedienen, aber wenn sie sich auch noch etwas sperren, so werden sie doch einlenken in der Erwartung, daß auch beim deutschen Zentrum mehr Freude ist über einen Sünder, der Buße tut, als über neunundneunzig Gerechte. Auch sie müssen sich eben sagen: Wenn wir unsre Macht über die Wähler politisch ausnützen wollen, so läßt sich das in der alten angenehmen französischen Weise des direkten Einflusses bei den Lokalbeamten nicht mehr machen. Die deutsche Verwaltung ist dafür nun einmal nicht zu haben, und wir müssen jetzt endgültig mit ihr allein rechnen. Springen wir in das Zentrum ein, so haben wir die ganze Macht einer großen Partei hinter uns und können sowohl der Regierung allgemeine uns günstige Maßnahmen abhandeln, als auch uns gegen zu wenig wohlwollende Lokalbeamte durch Interpellationen im Reichstag Gehör verschaffen.

Das Aufgehen der ganzen reichsländischen klerikalen Partei in das Zentrum muß man deshalb in kurzer Zeit erwarten. Aber wenn man das auch vom nationalen Standpunkt aus als einen Fortschritt betrachten kann, so sind es doch noch viel größere Hoffnungen, die man für das deutsche Kulturleben auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens gesetzt hat. Dem raffereinen Germanen ist die Religion nur ein Herzensbedürfnis; er ringt danach, selbständig ein persönliches Verhältnis zu seinem Gott zu gewinnen, und wenn er sich auch in seinem religiösen Gefühl gern eins weiß mit seinen Stammesgenossen, so widerstrebt es ihm doch, sein Heiligstes auf den Markt des politischen Parteietriebes zu zerren, denn er fühlt Christus das Wort nach: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“

Aber im Zentrum herrschen die in Rom neu geprägten Gedanken der semitischen Theokratie vor, die der germanischen Gefühlswaise immer fremd waren und fremd bleiben werden. Wenn man behauptet, daß bei dem nicht von Germanen erfundenen sogenannten allgemeinen gleichen Wahlrecht im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, die mit dem Fanatismus des Meibes und des Hasses arbeite, die christliche Religion auf dem Plan nicht fehlen dürfe, so mag zugegeben werden, daß ein großer Teil der Wähler noch immer ohne ernste Überlegung den aufgehetzten Leidenschaften folgt, aber es bleibt darum nicht minder wahr, daß nur durch eine sachliche Erörterung die Menschen überzeugt werden müssen, daß eine rücksichtslose Gleichmacherei, die nur Trägheit und Scheelsucht empfehlen können, der die Anlagen ungleich verteilenden Natur nicht entspricht und gerade für den freiheitlichen germanischen Geist den unerträglichsten Zwang bedeutet, und daß der christliche Glaube der Welt nicht als politisches Erziehungsmittel gegeben ist. Es gilt also auch im Reichsland theokratischen Anschauungen entgegenzuarbeiten, und glücklicherweise lehrt die Geschichte, daß gerade das Elsaß, so lange es deutsch war, in diesem Punkte vorbildlich für ganz Deutschland gewesen ist. Günstige Anlagen im Stammescharakter sind also vorhanden, es fehlt nur eine gesunde Organisation, die Macht des Zentrums im Reichslande niederzuzwingen.

In Bayern und in Baden schützt gegen eine klerikale Hochflut die Dynastie. Eine solche im Elsaß neu einzupflanzen, widerstrebt dem Zeitgeist. Eine Erbstatthalterschaft der Hohenlohes hat trotz deren verständnisvoller Liebenswürdigkeit und sorgsamer Pflichttreue zu wenig Boden in der Bevölkerung. Diese sieht in ihnen im allgemeinen doch nur die Beamten des Königs von Preußen und würde jeden andern deutschen Fürstensohn mit denselben Augen ansehen. Dagegen liegt in einer möglichst weitgehenden Autonomie der beste Schutz gegen theokratische Übergriffe. Bismarck sagte schon am 25. Mai 1871: „Die Elsäßer haben sich in ihrer zweihundertjährigen Zugehörigkeit zu Frankreich ein tüchtiges Stück Partikularismus nach guter deutscher Art erhalten, und das ist der Baugrund, auf dem wir meines Erachtens mit dem Fundament zu beginnen haben werden.“ Am 21. März 1879 äußerte er: „Ich bin ganz bereit, bei den verbündeten Regierungen zu befürworten, daß wir dem Reichslande das höchste Maß von Selbständigkeit gewähren, das mit der militärischen Sicherheit des Reichs auf dieser Seite verträglich ist.“

Diese Worte können uns auch heute noch als Leitsterne dienen. Es hat sich überall und jederzeit im Elsaß ein starker Lokalpatriotismus, ein alemannischer Kantönligeist in gutem Sinne gezeigt, der mit der immer zentralistisch gerichteten klerikalen Staatsanschauung leicht fertig werden würde, wenn er sich frei entfalten könnte. Den Beweis dafür liefern die ähnlichen Schweizer Verhältnisse. Aber ein spezifisches Elsäffertum gibt es nicht. Es ist ja auch in der ganzen deutschen Geschichte das Elsaß in seinem jetzigen Umfang niemals unter einer Herrschaft vereint gewesen. Seit der Hohenstaufenzeit ist es in immer kleinere Territorien zersplittert worden. Woher sollte also ein besondres, scharfbegrenztes elsäffisches Stammesbewußtsein kommen? Sogar im Landesauschuß, wo doch vornehmlich die gebildeten, weiter schauenden Stände vertreten sind, gibt es neben einer lothringischen eine oberelsäffische Gruppe, und insolge dessen auch eine unterelsäffische, die eifersüchtige Hüter der lokalen

Interessen sind. Im Lande selbst reicht der Blick natürlich noch weniger über den heimischen Gau hinaus, und auch die Sprache der einzelnen Gaue ist dialektisch sehr deutlich unterscheidbar.

Ganz abgesehen von den kleinern Eigentümlichkeiten, wie sie etwa in der Kochersberger oder der Hagenauer Landschaft hervortreten, kann man fünf Bevölkerungsgruppen ziemlich scharf auseinanderhalten. Das sogenannte krumme Elsaß westlich von den Vogesen, die Kantone Saarunion, Drulingen und der größere westliche Teil des Kantons Büchelstein, hat eine fast rein fränkische Bevölkerung und gehört so zu Lothringen, nur sein Protestantismus hat es bei der französischen Departementseinteilung in Verbindung mit Straßburg gebracht. Zweitens ist auch die Weißenburger Gegend, besonders das ganze Lautertal, wesentlich fränkisch. Dieses Gebiet gehörte früher immer zum Bistum Speier, und die dort gesprochne Mundart beweist, daß es eigentlich zur Pfalz gehört. Seitdem dieser Zusammenhang zerrissen wurde, ist Weißenburg trotz aller künstlichen Erhaltungsmittel fortwährend an Bedeutung zurückgegangen. Weiter schiebt sich zwischen die mit fränkischem Blute nur wenig gemischten Alemannen vom Hagenauer Walde bis Schlettstadt und die Alemannen des Sundgaaues und der Umgebung Mülhausens eine deutlich unterschiedne Mundart, das Kolmarer Dietseh, ein, die etwa von Schlettstadt bis Ensisheim reicht. Auch der Menschenschlag ist im allgemeinen etwas größer und breitschultriger als die Alemannen. Man hat in zahlreichen dialektischen Wortstämmen und Beugungsformen der gebräuchlichsten Zeitwörter eine Verwandtschaft mit den skandinavischen Sprachen gefunden und darauf die Vermutung gestützt, daß die den Sueven zugefesselten Haruder, ein normännischer Volksstamm, den Ariovist, durch Cäsar daran verhindert, den Sequanern nicht aufzudrängen vermochte, hier mit seinem Volksreste Wohnsitz genommen habe. Wie dem aber auch sei, es muß jedem auffallen, daß die Bevölkerung der Straßburger, der Kolmarer und der Mülhäuser Gegend sowohl in der Sprache wie in vielen Zügen des Volkscharakters mannigfache Unterschiede aufweist.

Es kommt hierzu die Wahrnehmung, daß wie in der ganzen germanischen Kulturwelt, so besonders im Elsaß eine Abneigung gegen die mehr schematisch und schablonenhaft regierende Beamtenhierarchie und ein starker Persönlichkeitsdrang auch in politischen Angelegenheiten zutage tritt. Man will vielfach gern seine Person einsetzen in harter politischer Arbeit, aber man will, um mit Nietzsche zu reden, ein Herrenmensch bleiben und sich nicht in Beamtenkasten einschachteln lassen. Eine politische Tätigkeit jedoch, bei der der Wert der ganzen Persönlichkeit, das Heldenhafte, Gehorsamheischende des überlegenen Menschen zur vollen Geltung kommt, ist nur möglich im kleinern Kreise, wo jeder jeden von Angesicht zu Angesicht kennt. Aus solchen Erwägungen heraus ist es mir unumstößlich gewiß: die Elsässer würden in Wirklichkeit ihr Herz entdecken, wenn sie als Ziel der politischen Entwicklung die Bildung von möglichst ehrenamtlich verwalteten kleinern Freistaaten, die sich etwa um Straßburg, Kolmar und Mülhausen zu gruppieren hätten, ins Auge faßten.

Man erschrecke nicht vor dem Wort Freistaat. Gibt es wohl kaisertreue Städte als Hamburg, Bremen und Lübeck, und ich frage getrost jeden Kenner

des Elßasses, würde sich heutzutage in einem Freistaat Straßburg, Kolmar und Müllhausen auch nur ein Atom mehr Neigung zeigen, zentralistisch von Paris regiert zu werden, als in Basel, Bern oder Zürich? Die kleinen elßassischen Freistaaten würden, wie die norddeutschen Kleinstaaten, manche Einrichtungen wie Universität, Oberlandesgericht usw., gemeinschaftlich haben, und daß die Militär-, Großeisenbahn-, Post- sowie alle äußern Angelegenheiten Reichssache bleiben, ist selbstverständlich. Aber die ganze innere Verwaltung, Rechtspflege, Schulen, Kirchen, Landwirtschaft, Bauten u. dgl., könnten gerade so gut, wie in den Hansestädten, gewählten Körperschaften und von ihnen ernannten Beamten anvertraut werden. Es würde dadurch ein regeres politisches, wissenschaftliches und künstlerisches Leben in den alten Pflanzstätten deutscher Kultur am Oberrhein hervorgerufen werden, und alle Elßässer, denen das Erwerbsleben Zeit läßt zur Wahrnehmung sozialer und politischer Ehrenämter, würden Gelegenheit finden, ihre Kräfte einheimischer Kulturarbeit zu widmen und so immer mehr welscher Geistesrichtung entzogen werden, die immer zur Gleichmacherei drängt und jedes Sonderleben unterdrückt.

Zu einer wirklichen parlamentarischen Regierung in den Freistaaten gehörte nur, daß die Zahl der Bezirkstagsmitglieder, die jetzt kantonweise durch allgemeine direkte Wahl bestimmt werden, verdoppelt würde, damit die Anschauungen und Regungen der Volksseele noch mehr als bisher zu Worte kämen. Die Vorlagen für die Bezirkstage wären von einem Senat vorzubereiten und zu begutachten. Die Senatoren müßten von den Gemeinderäten der Kantone, ebenso wie jetzt ein Teil der Landesausschußmitglieder von denen der Kreise, gewählt werden. An der Spitze der Senate, die gewissermaßen die Regierungsweisheit des Volks verkörpern, stünden dann die von ihnen ernannten Landammänner, die die Regierungsgewalt auszuüben hätten. Dies wäre die einfachste Umwandlung der Bezirke zu selbständigen Staatskörpern und ihre Ausstattung mit den notwendigen staatlichen Organen. Im einzelnen darf man dem Wahlmodus nicht allzuviel Bedeutung beimessen; in kleinern Freistaaten kennt das Volk seine Kandidaten nicht nur aus der Parteizeitung, sondern auch ihrem persönlichen Wert nach, und es würde deshalb wohl immer der politische Verstand durchdringen, wenn auch an manchen Stellen der klerikalen oder der sozialdemokratischen Leidenschaft ein Ventil geöffnet und damit eine zu hohe Spannung schädlicher Gase im Gesellschaftskörper verhütet würde.

Wem es der Zeitströmung zu widersprechen scheint, statt einer Zusammenfassung zu größern Staatsgebilden zu einer Teilung von solchen zu raten, der möge bedenken, daß es nicht die deutschen Kleinstaaten waren, die an ihren der Zusammenfassung deutscher Volkskraft feindlichen Sonderrechten zäh festzuhalten strebten, sondern die größern Mittelstaaten, und er möge betrachten, wie in der Schweiz und in Nordamerika die kleinern Autonomien der einzelnen Staaten die festeste Stütze des Bundesstaats sind. Wie oft ist nicht sogar in Preußen der Ruf nach einer gründlichen Dezentralisation erschallt? Sogar Kleinstaaten an den Grenzen haben nichts Bedenkliches. Genf, Waadtland und Neuenburg haben trotz der Sprachverwandtschaft noch keine Neigung gezeigt, ihre Selbständigkeit zu Gunsten Frankreichs aufzugeben.

Das zum vierten Teile noch französisch sprechende Deutschlothringen würde, allein gelassen, freilich einen schwer überbrückbaren Gegensatz in sich bergen. Aber der fränkische Stammescharakter neigt auch nicht, wie der alemannische, zum Kantönlicheist, sondern mehr zu einer straffen Gesamtstaatsverfassung. Es ist deshalb vorteilhafter, daß es mit Preußen in eine engere Vereinigung gebracht wird. Der stärkere Blutumlauf im Großstaat wird dann um so schneller das welsche Blut auffaugen und umbilden. Daß dies möglich ist, beweist die Tatsache, daß schon jetzt viel mehr norddeutsche Art in Lothringen eingeströmt ist als ins Elsaß, und daß es den Norddeutschen in dem früher ganz französischen Metz heute heimatlicher anmutet als in Straßburg. Wenn der Bezirk Metz mit den ihm seit ältester Zeit stammverwandten Regierungsbezirken Trier und Koblenz zu einer preußischen Moselprovinz vereinigt würde, so würden die Lothringer im Provinziallandtag in Trier ebenso ihre Interessen wahrnehmen können wie in Straßburg, und ihre Abgeordneten würden im preußischen Herren- und Abgeordnetenhaus ein gewichtiges Wort im Großstaat mitzureden haben. Ein Kredit für die Tätigkeit einer Ansiedlungskommission würde ebenso wie für Posen und Westpreußen bewilligt werden, und sie würde, wie ich dies schon im vergangenen Jahre in diesen Blättern nachgewiesen habe, bald die besten Erfolge zeigen, wo es sich darum handelt, die Landwirtschaft zu heben, den Rückgang der Landbevölkerungszahl aufzuhalten und das Deutschtum auszubreiten.

(Schluß folgt)



Das englische Rechtswesen

von Hugo Bartels



ine der belebtesten Gassen Londons ist Chancery Lane, der die bei ihrer Enge etwas schwierige Aufgabe zukommt, den Verkehr zwischen den beiden in gleicher Richtung nebeneinander laufenden Hauptstraßenzügen, zwischen Fleet Street und Holborn zu vermitteln. Etwa in der Mitte steht ein altersgraues Tor. Man braucht bloß durch dieses Tor zu gehn, und man ist wie in einer andern Welt. Ruhe und Stille ringsum; nur gedämpft wie ein fernes Brausen dringt das Wagengerassel und das Stimmengewirr der Straße herein. Die Häuser, die vor dem Besucher stehn, sind nicht wie sonst so viele Häuser Londons nur auf neun- undneunzig Jahre gebaut, sondern auf längere Zeit berechnet. Manche der Gebäude haben gar schon eine Reihe von Jahrhunderten hinter sich, und die grauen Steine könnten von manchem weitberühmten Manne erzählen.

Erzählen könnten die Steine von Soho auch, und vielleicht viel besser. Die könnten berichten von glänzenden Zeiten, wo der Liebling der Frauen, der Herzog von Monmouth, und Edelleute vom blauesten Blute dort Hof hielten, und könnten schildern, wie allmählich das Lieblingsviertel der großen Welt von der Höhe der Vornehmheit herabsank, bis es zu einer übelberücktigten Gegend wurde.